

Die Deutschen und Europa

Zweifel oder Zuversicht?

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage von TNS Infratest Politikforschung
zur Sicht der Deutschen auf Europa und die Europäische Union

62% Prozent der Deutschen vertreten die Meinung, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten nicht auf dem richtigen Weg sind.

59% Prozent der Deutschen finden, Deutschland sollte seine Führungsrolle in Europa ausbauen.

73% Prozent der Deutschen sind der Meinung, Deutschland werde von den anderen EU-Mitgliedstaaten in der Flüchtlingskrise im Stich gelassen.

67% Prozent der Deutschen sehen den Zusammenhalt der verbleibenden EU-Mitgliedstaaten durch den Brexit geschwächt.

25% Prozent der Deutschen begrüßen den steigenden Einfluss europakritischer Bewegungen.

96% Prozent der Deutschen wünschen sich eine transparentere und bürgernähere EU.

42% Prozent der Deutschen fordern ein Referendum zur EU-Mitgliedschaft Deutschlands.

Zweifel oder Zuversicht? Was die Deutschen von Europa halten

Brexit, Flüchtlingskrise, transatlantische Entfremdung: Die Liste innerer und äußerer Herausforderungen, vor denen Europa derzeit steht, ist lang. Das »europäische Projekt« steckt in der wohl tiefsten Krise seiner 60-jährigen Geschichte. Wie blicken die Deutschen in dieser kritischen Phase auf Europa? Hat die EU noch eine Zukunft? Und wenn ja: Wie sollte sie aussehen? Zur Beantwortung dieser Fragen hat die Körber-Stiftung im Oktober 2016 bei »TNS Infratest Politikforschung« eine bundesweit repräsentative Umfrage unter 1.001 Personen ab 18 Jahren zur Europa- und Außenpolitik in Auftrag gegeben.

Die wichtigsten Ergebnisse auf einen Blick:

■ Die Deutschen sind unzufrieden mit dem Zustand der EU. Eine deutliche Mehrheit ist der Meinung, die EU und ihre Mitgliedstaaten befänden sich nicht auf dem richtigen Weg. Nach dem Brexit erachten die Deutschen den Zusammenhalt unter den verbliebenen EU-Mitgliedern als klar geschwächt. Nur 39 Prozent sehen in der EU-Mitgliedschaft für Deutschland eher Vor- als Nachteile.

■ Trotz aller Skepsis mit Blick auf den aktuellen Kurs der EU setzen die Deutschen langfristig noch immer auf mehr Integration. 95 Prozent halten eine stärkere Annäherung und Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten für wünschenswert.

■ Allerdings wünschen sich die Deutschen mehr Mitbestimmung und größere Einflussmöglichkeiten auf die Brüsseler Politik. Fast einstimmig fordern sie eine transparentere und bürgernähere EU.

■ Deutschlands Führungsrolle in der Europäischen Union stößt bei den Deutschen auf breite Akzeptanz. Notfalls soll Berlin seine Interessen in Brüssel auch gegen den Widerstand anderer Mitgliedstaaten durchsetzen.

■ Eine Lösung der Flüchtlingskrise ist nach Ansicht von 73 Prozent der Deutschen nur auf europäischer Ebene möglich. Zwei Drittel sind der Meinung, Deutschland werde von den anderen EU-Mitgliedstaaten in der Flüchtlingskrise im Stich gelassen.

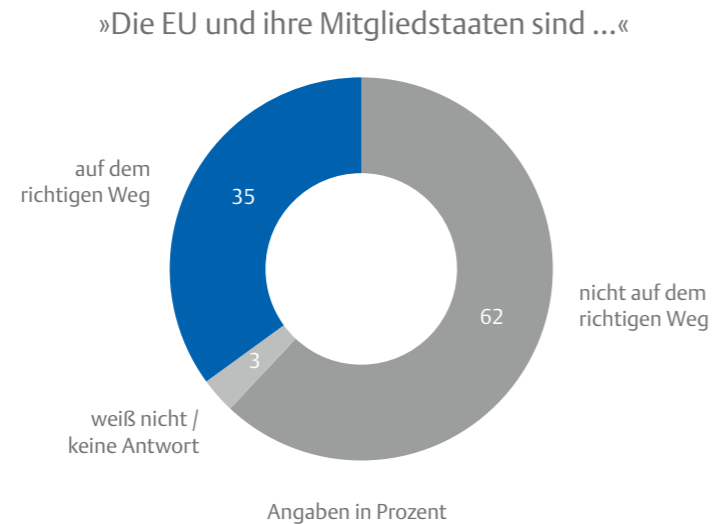
Die Zusammenstellung der detaillierten Ergebnisse ist auf der Website des Berliner Forum Außenpolitik der Körber-Stiftung abrufbar unter www.koerber-stiftung.de/europa-umfrage

DATENBASIS:

1.001 Personen in Deutschland,
deutschsprachige Bevölkerung ab 18 Jahren
Erhebungszeitraum: 4. bis 15. Oktober 2016
Stichprobe/Erhebungsverfahren:
Repräsentative Zufallsauswahl/Randomstichprobe per CATI
Durchgeführt unter Gesamtprojektleitung
von TNS Infratest Politikforschung.
Interviews: Infratel

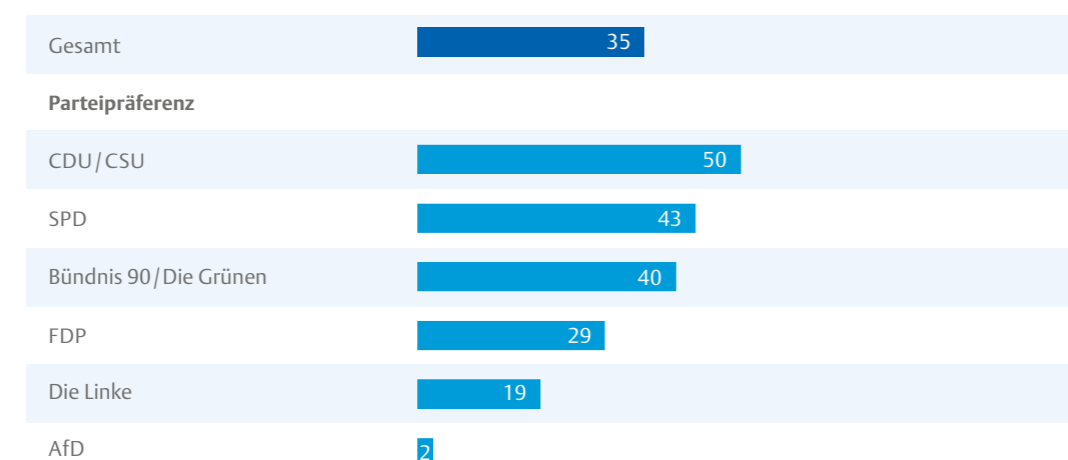
1. Europa auf dem Holzweg

Angesichts der Vielzahl von Herausforderungen zweifeln die Deutschen daran, ob die EU und ihre Mitgliedstaaten die richtigen Maßnahmen getroffen haben, um die Krise zu bewältigen. Mehrheitlich sind sie der Meinung, die EU sei nicht auf dem richtigen Weg (62 Prozent). Diese kritische Sicht ist bei den jüngeren Befragten (18–29 Jahre) überdurchschnittlich ausgeprägt.



Das schwindende Vertrauen in den Kurs der EU ist über parteipolitische Grenzen hinweg spürbar – allerdings in unterschiedlicher Ausprägung. Auffällig ist, dass selbst unter den Anhängern der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD keine klare Mehrheit die gegenwärtige Ausrichtung der EU für richtig hält (CDU/CSU: 50 Prozent und SPD: 43 Prozent). Die größte Skepsis gegenüber der EU herrscht bei den beiden Parteien »Die Linke« und AfD. 97 Prozent der AfD-Wähler sowie 77 Prozent der Anhänger von »Die Linke« stehen der derzeitigen Politik der EU und ihrer Mitgliedstaaten in grundlegender Ablehnung gegenüber.

»Die EU und ihre Mitgliedstaaten sind auf dem richtigen Weg.«



Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: sind nicht auf dem richtigen Weg, weiß nicht, keine Angabe

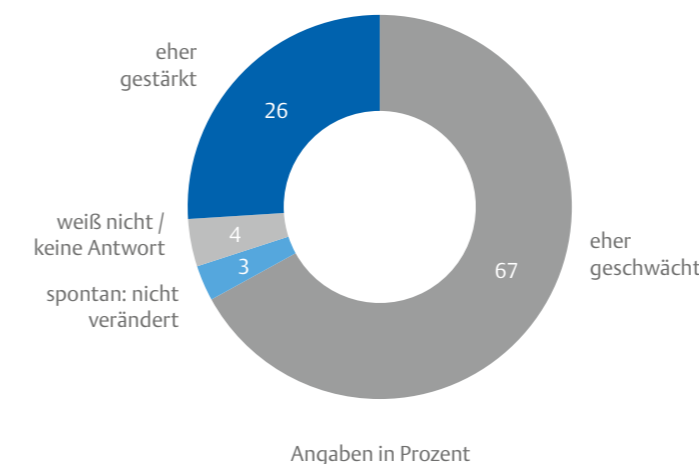
Unzufriedenheit über den Zustand der EU und Zweifel über deren künftigen Kurs haben in nahezu allen europäischen Ländern zu Wahlerfolgen europakritischer Parteien beigetragen. Auch in Deutschland begrüßt ein Viertel der Bevölkerung den wachsenden Einfluss politischer Bewegungen, die dem europäischen Einigungswerk kritisch gegenüberstehen.

2. Weniger Zusammenhalt nach dem Brexit

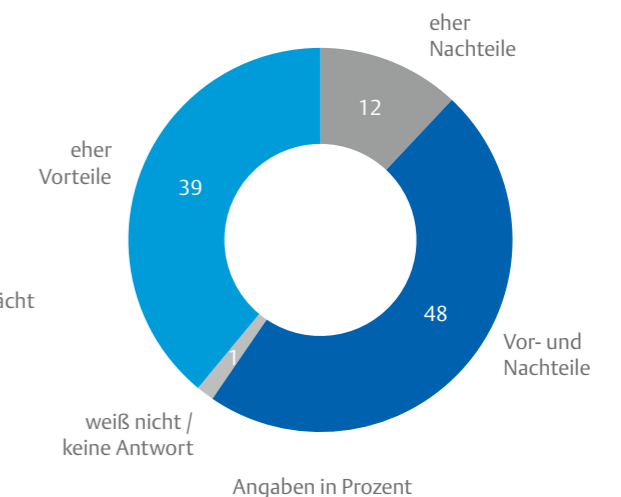
Das Brexit-Referendum und die im kommenden Jahr beginnenden Verhandlungen über den Austritt Großbritanniens aus der EU schwächen das Vertrauen der Deutschen in Kohärenz und Geschlossenheit der EU. 67 Prozent der Befragten sehen den Zusammenhalt unter den verbliebenen Mitgliedern geschwächt.

58 Prozent fordern harte Austrittsverhandlungen mit Großbritannien. Bei den Anhängern des konservativ-bürgerlichen Lagers ist diese Position besonders ausgeprägt (CDU/CSU: 64 Prozent; FDP: 73 Prozent). Zu Kompromissen sind vor allem AfD-Wähler bereit, von denen nur 44 Prozent eine unnachgiebige Verhandlungsposition unterstützen.

»Das Votum der britischen Bevölkerung hat den Zusammenhalt in der EU ...«



»Deutschland hat von der EU-Mitgliedschaft ...«



3. Was bringt uns die EU?

Wenig Begeisterung für die deutsche Mitgliedschaft

Die Unzufriedenheit der Deutschen mit dem Zustand der EU spiegelt sich auch darin wider, wie die Befragten die Vor- und Nachteile der deutschen EU-Mitgliedschaft beurteilen. Nur vier von zehn Befragten (39 Prozent) sehen in der Mitgliedschaft überwiegend Vorteile. Für 48 Prozent halten sich Vor- und Nachteile die Waage. 12 Prozent sind der Überzeugung, dass Deutschland aus der EU-Mitgliedschaft überwiegend Nachteile erwachsen.

Widersprüchlich bei der Bewertung ist, dass 48 Prozent der jungen Befragten (18–29 Jahre) die Mitgliedschaft als eher vorteilhaft beurteilen, obwohl eine klare Mehrheit dieser Altersgruppe (66 Prozent) die EU nicht auf dem richtigen Weg sieht. Der positivste Wert mit Blick auf die Bewertung der deutschen EU-Mitgliedschaft wurde bei Befragten mit höherer Bildung erreicht. In dieser Gruppe stimmten 57 Prozent der Aussage zu, die EU-Mitgliedschaft sei insgesamt eher von Vorteil für Deutschland.

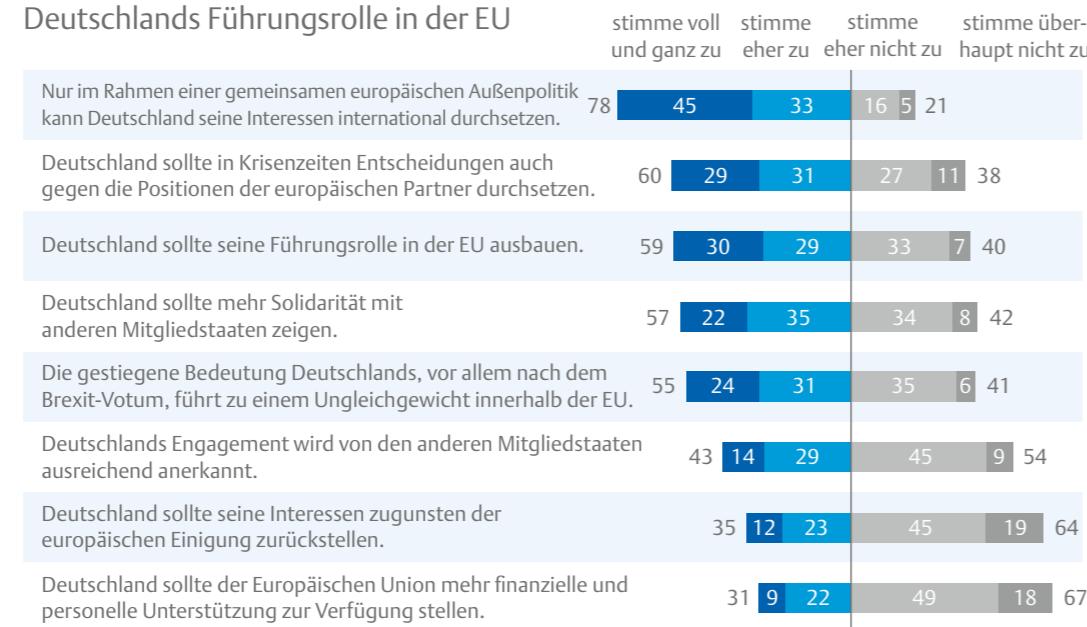
4. Mehr Führung wagen?

Akzeptanz für Deutschlands Führungsrolle in der EU

Deutschlands Führungsrolle in der Europäischen Union stößt bei den Deutschen auf breite Akzeptanz, so dass sogar 59 Prozent der Deutschen sich einen Ausbau dieser Führungsrolle wünschen. Eine Mehrheit der Befragten plädiert dafür, in Krisenzeiten eigene Interessen auch gegen andere Mitgliedstaaten durchzusetzen (60 Prozent). Nur 35 Prozent sprechen sich dafür aus, deutsche Interessen zugunsten der europäischen Integration zurückzustellen. Eine klare Mehrheit lehnt es ab, der EU mehr finanzielle und personelle Ressourcen zur Verfügung zu stellen. Allerdings sind 57 Prozent der Meinung, Deutschland müsse auch Solidarität gegenüber anderen Mitgliedstaaten beweisen.

Trotz breiter Zustimmung zur deutschen Führungsrolle in der EU kommt eine deutliche Mehrheit (78 Prozent) zu der Einschätzung, dass Deutschland zur Wahrung seiner Interessen eine gemeinsame europäische Außenpolitik benötigt.

Deutschlands Führungsrolle in der EU



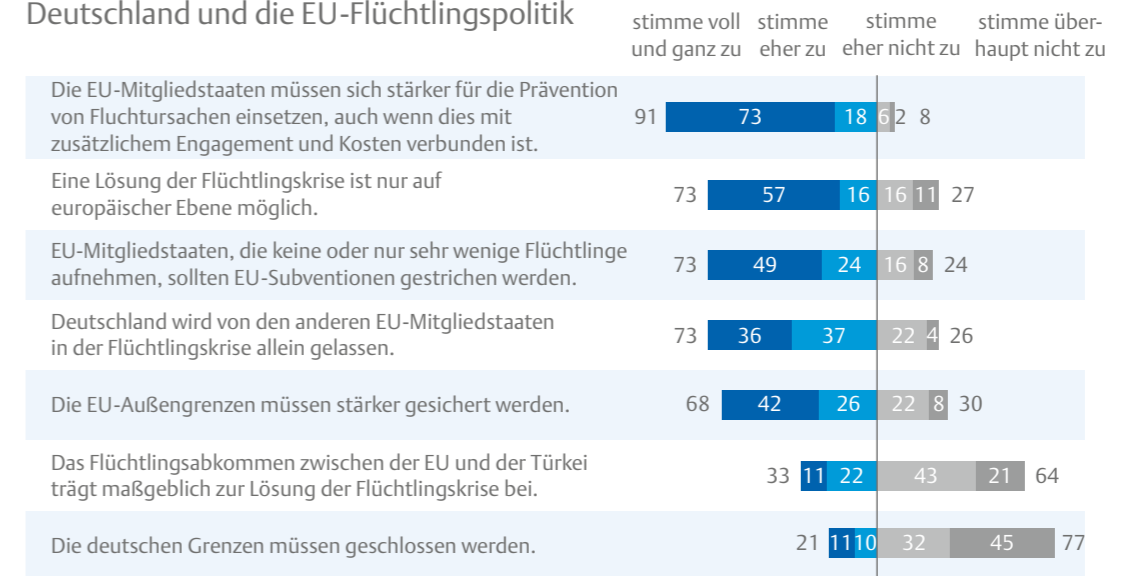
Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe

5. Deutschland allein in der Flüchtlingskrise

Bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise halten 73 Prozent der Deutschen eine Lösung nur auf europäischer Ebene für möglich. Darüber hinaus fordert eine überwältigende Mehrheit ein stärkeres Engagement der EU-Mitgliedstaaten bei der Prävention von Fluchtursachen – auch unter Inkaufnahme zusätzlicher Kosten (91 Prozent).

Die Schließung der deutschen Grenzen als Beitrag zur Lösung der Flüchtlingskrise lehnt eine breite Mehrheit ab (77 Prozent). Fast drei Viertel der Deutschen findet indessen, die anderen EU-Mitgliedstaaten hätten Deutschland bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise im Stich gelassen (73 Prozent). Zudem befürworten 73 Prozent der Befragten eine Streichung von EU-Subventionen, sollten Mitgliedstaaten keine oder nur sehr wenige Flüchtlinge aufnehmen. Obwohl die Flüchtlingszahlen drastisch zurückgegangen sind, bewertet eine Mehrheit der Befragten die Wirksamkeit des Flüchtlingsabkommens mit der Türkei negativ.

Deutschland und die EU-Flüchtlingspolitik



Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe

6. Kein Vertrauen in das deutsch-französische Tandem

Angesichts der vielfältigen Herausforderungen benötigt die EU dringend neue Impulse für eine Konsolidierung und Weiterentwicklung. Als Rahmen dafür hat jedoch nach Ansicht der Deutschen das deutsch-französische Tandem ausgedient. Die meisten Befragten (44 Prozent) setzen auf die Zusammenarbeit aller Mitgliedstaaten, wenn es um die Reform und Weiterentwicklung der EU geht. Auch der Zusammenschluss der sechs Gründungsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande und Luxemburg bildet aus Sicht der Deutschen eine tragfähige Partnerschaft.

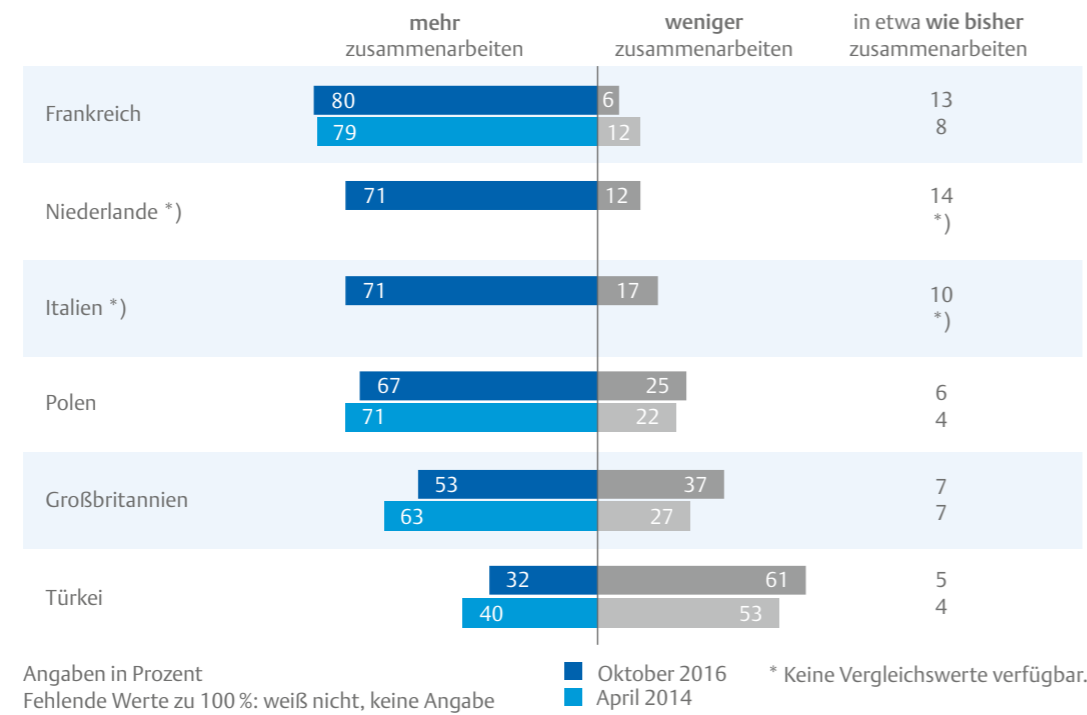
Wichtige Partnerschaften für die Fortentwicklung der EU



Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe

Auch wenn Skepsis mit Blick auf etablierte Formate wie das deutsch-französische Tandem und das Weimarer Dreieck besteht, wünscht sich eine Mehrheit der Befragten doch mehr bilaterale Kooperation mit den wichtigsten europäischen Partnern: Frankreich (80 Prozent), Italien, Niederlande (beide 71 Prozent) und Polen (67 Prozent). Hingegen ist die Zustimmung zur Zusammenarbeit mit Großbritannien deutlich gesunken (53 Prozent). Sogar mehr als ein Drittel der Befragten will zukünftig weniger eng mit dem Vereinigten Königreich zusammenarbeiten. Skeptisch stehen die Deutschen nach wie vor dem EU-Beitrittskandidaten Türkei gegenüber. 61 Prozent sprechen sich dafür aus, mit Ankara künftig weniger zusammenzuarbeiten.

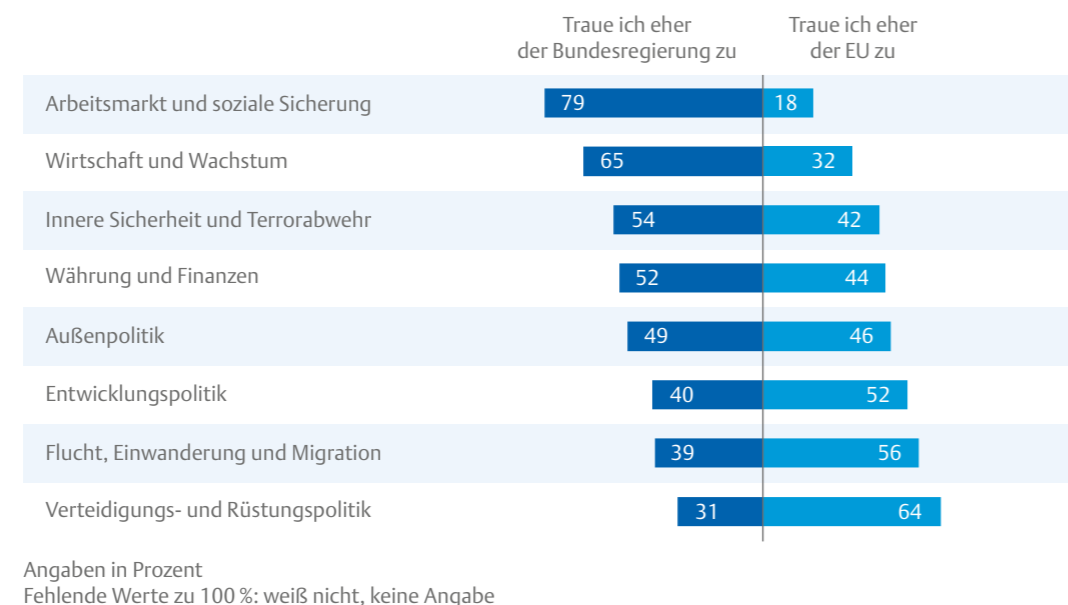
Zusammenarbeit Deutschlands mit anderen Ländern



7. Rüstungs- und Verteidigungspolitik: Eine Aufgabe für die EU

Die Deutschen sind überzeugt, dass die Bundesregierung Aufgaben in den Bereichen Arbeit und Soziales, Wirtschaftspolitik und Innere Sicherheit/Terrorabwehr besser meistern kann als die EU: 79 Prozent trauen der Bundesregierung bei Fragen des Arbeitsmarktes und der sozialen Sicherung mehr Lösungskompetenz zu als der EU, 65 Prozent bei Wirtschaft und Wachstum, 54 Prozent im Bereich Innere Sicherheit/Terrorabwehr sowie 52 Prozent bei währungs- und finanzpolitischen Fragen. Insgesamt nehmen die Deutschen die EU nicht als Akteur mit hoher wirtschaftspolitischer Kompetenz wahr. So ist auch zu erklären, dass fast die Hälfte der Befragten (47 Prozent) der Aussage widersprechen, die EU vermehre Deutschlands Wohlstand.

Lösungskompetenzen der EU und der Bundesregierung



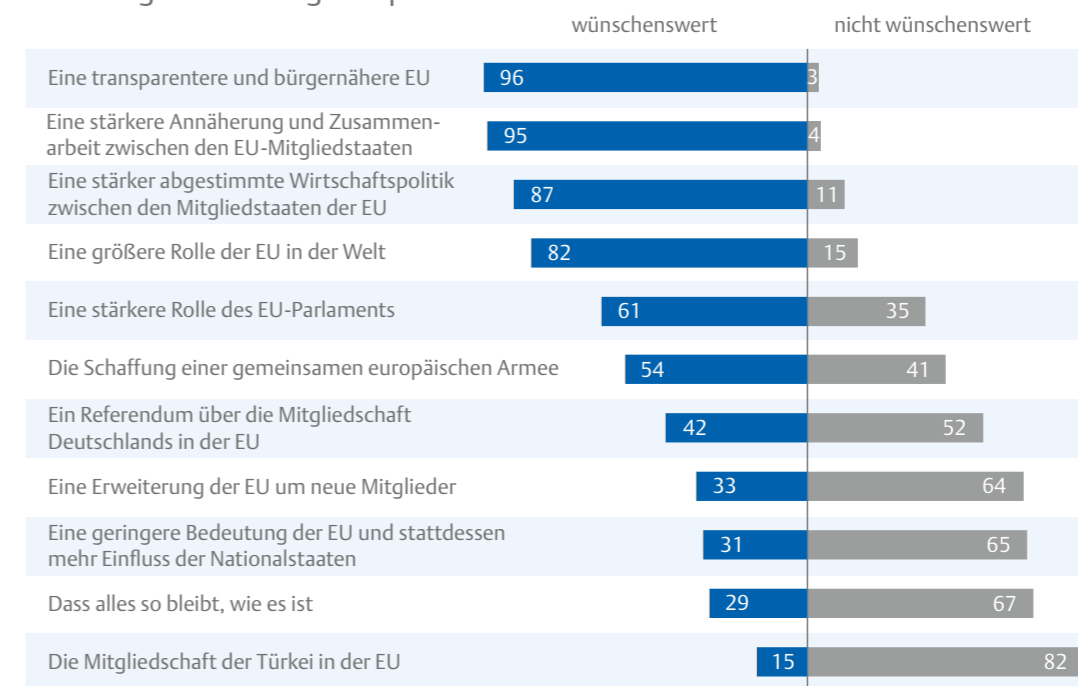
Gerade mit Blick auf die Außenpolitik fällt auf, dass die Befragten die Bundesregierung und die EU als nahezu gleichermaßen lösungskompetent betrachten (Bundesregierung: 49 Prozent, EU: 46 Prozent). Größeres Vertrauen in die EU als in die Bundesregierung haben die Deutschen bei der Entwicklungs- (52 Prozent) sowie Verteidigungs- und Rüstungspolitik (64 Prozent). Vor diesem Hintergrund überrascht es nicht, dass mehr als 50 Prozent der Befragten für die Schaffung einer europäischen Armee votieren. Bei der Bewältigung von Flucht, Einwanderung und Migration sieht eine Mehrheit der Befragten (56 Prozent) ebenfalls eine größere Lösungskompetenz bei der EU als bei der Bundesregierung.

Insgesamt sticht ins Auge, dass die Deutschen die EU in einer Reihe von Politikfeldern, die als Kernbereiche nationalstaatlicher Souveränität gelten, etwa die Außen- und Sicherheitspolitik, als gleichermaßen kompetent oder sogar kompetenter als die Bundesregierung wahrnehmen. Damit einher geht der Wunsch einer deutlichen Mehrheit der Befragten (82 Prozent), die EU möge international eine größere Rolle einnehmen.

8. Auf lange Sicht: Mehr Europa, bitte!

Obwohl die Deutschen die aktuelle Entwicklung der EU mit großer Skepsis verfolgen, wünschen sie sich künftig eine starke, handlungsfähige und geschlossen auftretende EU. Fast einstimmig fordern die Befragten eine stärkere Annäherung und Zusammenarbeit auf europäischer Ebene (95 Prozent). Besondere Bedeutung messen die Deutschen dabei einer engeren wirtschaftspolitischen Abstimmung zwischen den EU-Mitgliedstaaten bei (87 Prozent). Zugleich sehen 65 Prozent einen Bedeutungsverlust der EU bei gleichzeitiger Aufwertung der Nationalstaaten als wenig wünschenswertes Szenario. Eine Erweiterung der EU dagegen lehnen die Deutschen mehrheitlich (64 Prozent) ab. Dies gilt vor allem für eine EU-Mitgliedschaft der Türkei (82 Prozent).

Zukünftige Gestaltung Europas



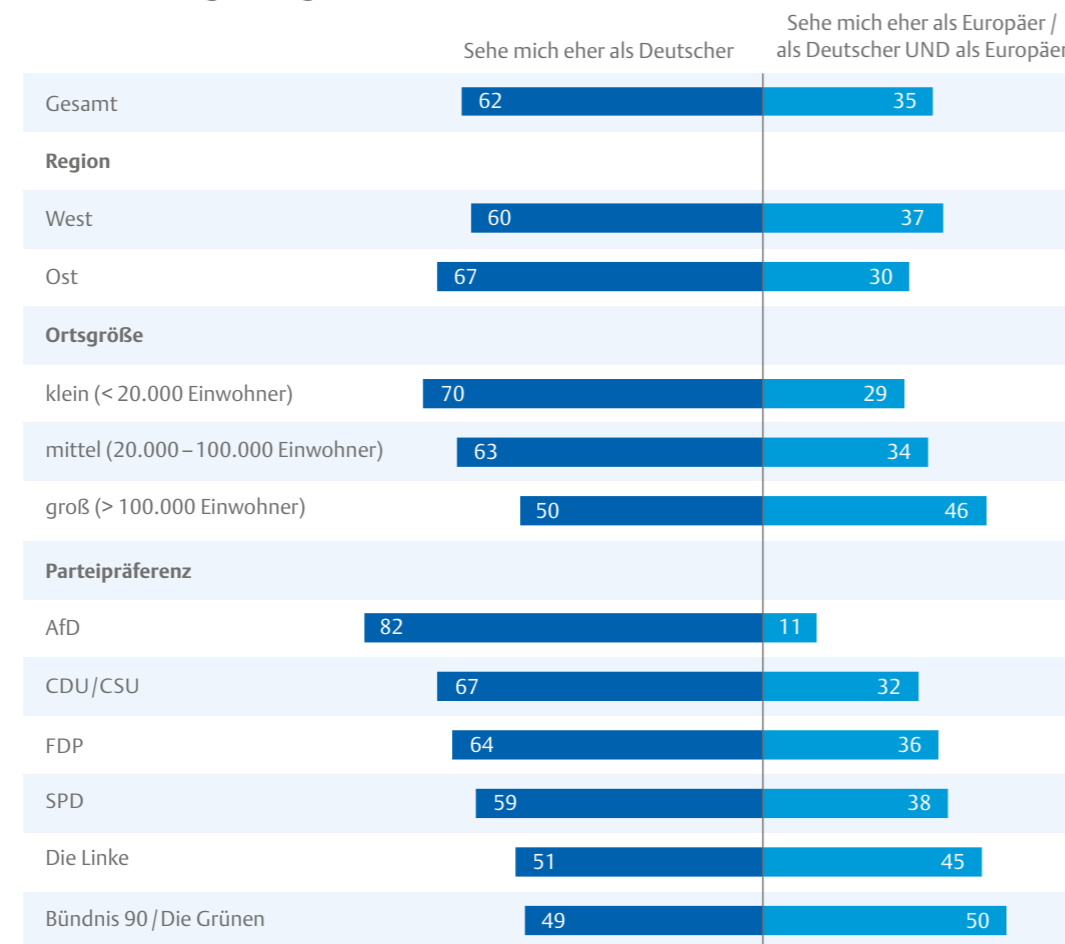
Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe

Reformbedarf sehen die Deutschen insbesondere mit Blick auf mehr Mitbestimmung und Einflussmöglichkeiten der EU-Bürger auf die Brüsseler Politik. Fast einstimmig fordern die Befragten eine transparentere und bürgernähere EU. Auch die Stärkung des EU-Parlaments rangiert bei den Reformwünschen der Deutschen weit vorne (61 Prozent). Immerhin befürwortet fast die Hälfte der Befragten (42 Prozent) ein Referendum über die Mitgliedschaft Deutschlands in der EU.

9. Die Identität der Bundesbürger: Mehr deutsch als europäisch

Drei Viertel der Deutschen befürchten nicht, durch das Zusammenwachsen Europas ihre nationale Identität zu verlieren (74 Prozent). Nahezu ebenso viele sind der Ansicht, die EU trage dazu bei, die Bevölkerungen Europas enger zusammenwachsen zu lassen. Eher als Deutsche denn als Europäer sehen sich 62 Prozent der Befragten, während 35 Prozent sich eher als Europäer bzw. als Europäer und Deutsche verstehen. Mit Blick auf die Wahrnehmung der eigenen Identität als »europäisch« zeichnet sich ein Ost-West-Gefälle ab: In den westlichen Bundesländern sehen sich die Bürger eher europäisch als in den östlichen. Darüber hinaus gilt: je größer der Wohnort, desto ausgeprägter das europäische Selbstverständnis der Bürger. Auch entlang des Parteienspektrums wird eine große Bandbreite deutlich: Während sich 50 Prozent der Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen als europäisch betrachten, nehmen dies nur 11 Prozent der AfD-Wähler für sich in Anspruch.

Wahrnehmung der eigenen Identität



Angaben in Prozent
Fehlende Werte zu 100 %: weiß nicht, keine Angabe



Herfried Münkler
Macht in der Mitte
Die neuen Aufgaben
Deutschlands in Europa
208 Seiten und 1 Karte
ISBN 978-3-89684-165-0
Euro 18,- (D)

Europas Mitte stärken mit Herfried Münkler

Liegt die Zukunft Europas in der Hand Deutschlands? Bestsellerautor Herfried Münkler entwirft in seinem Essay eine Strategie, wie wir unsere wirtschaftliche, politische und kulturelle Stärke für das europäische Gemeinwohl nutzen und davon auch selbst profitieren können.

»Münklers unaufgeregter, klug abwägender, unideologisch-pragmatischer Essay über die Rolle Deutschlands in Europa ist selbst ein Musterbeispiel des von ihm geforderten Stils einer postheroischen Politik, die sich durch kühle Reflexion, zurückhaltende Abwägung sowie die Moderation gegensätzlicher Positionen auszeichnet.«

SWR2, Die Buchkritik | Jochen Rack

Erhältlich im Buchhandel
oder unter www.edition-koerber-stiftung.de
oder als E-Book bei Ihrem Online-Anbieter.

Die Körber-Stiftung

Gesellschaftliche Entwicklung fordert kritische Reflexion. Die Körber-Stiftung stellt sich mit ihren operativen Projekten, in ihren Netzwerken und mit Kooperationspartnern aktuellen Herausforderungen in den Handlungsfeldern Demografischer Wandel, Innovation und Internationale Verständigung. Die drei Themen »Neue Lebensarbeitszeit«, »Digitale Mündigkeit« und »Russland in Europa« stehen derzeit im Fokus ihrer Arbeit.

1959 von dem Unternehmer Kurt A. Körber ins Leben gerufen, ist die Stiftung heute mit eigenen Projekten und Veranstaltungen national und international aktiv. Ihrem Heimatsitz Hamburg fühlt sie sich dabei besonders verbunden; außerdem unterhält sie einen Standort in Berlin.

Körber-Stiftung

Kehrwieder 12
20457 Hamburg
Telefon 040 · 80 81 92 - 0
Telefax 040 · 80 81 92 - 300
E-Mail info@koerber-stiftung.de
www.koerber-stiftung.de

Körber-Stiftung Hauptstadtbüro

Pariser Platz 4a
10117 Berlin
Telefon 030 206 · 267 60
Telefax 030 206 · 267 67
E-Mail ip@koerber-stiftung.de | Twitter @KoerberIP
facebook.com/KoerberStiftungInternationalAffairs

Impressum

»Umfrage: Die Deutschen und Europa. Zweifel oder Zuversicht?« durchgeführt von TNS Infratest Politikforschung im Auftrag der Körber-Stiftung, Oktober 2016
Herausgeber: Körber-Stiftung, Hamburg
V.i.S.d.P.: Dr. Lothar Dittmer
Auswertung und Redaktion: Nora Müller, Christian Blume
Gestaltung: Groothuis, Hamburg | groothuis.de

© Körber-Stiftung 2016

Internationale Verständigung

Seit mehr als 50 Jahren engagiert sich die Körber-Stiftung für internationale Verständigung und einen Dialog über politische, nationale und religiöse Grenzen hinweg. Sie hilft dabei, Sprachlosigkeit zu überwinden, Brücken zu bauen und Debatten anzustoßen.

Mit Dialogformaten, Wettbewerben, Begegnungen und Netzwerken stärkt die Stiftung den konstruktiven Dialog – ergebnisoffen, auf Augenhöhe und mit offenem Visier. Dabei setzt sie auf Vielfalt. Im Sinne des Mottos »Miteinander, nicht übereinander reden« ist es das Ziel, möglichst alle relevanten Akteure an einen Tisch zu bringen. Die Körber-Stiftung macht historische Prägnanzen aktueller Konflikte sichtbar und zeigt Perspektiven für ihre Überwindung auf. Sie nimmt unterschiedliche Identitäten in den Blick und fördert eine Kultur gegenseitiger Anerkennung. Sie lotet politische Handlungsspielräume aus und zeigt praxisorientierte Wege zur Zusammenarbeit auf. Auf diese Weise trägt die Körber-Stiftung dazu bei, gemeinsame Werte und Interessen zu identifizieren und Vertrauen aufzubauen.

Die Zielgruppen der Körber-Stiftung sind gesellschaftliche Vordenker, (außen)politische Entscheidungsträger und Multiplikatoren internationaler Verständigung. Ein besonderes Augenmerk legt sie auf die Stärkung der Dialogfähigkeit bei Kompetenzträgern der nächsten Generation. Geografisch konzentrieren sich die Programme der Körber-Stiftung auf Osteuropa und die Rolle Russlands im europäischen Kontext, die regionalen Konflikte in Nahost und China als globalem Akteur.

Zum Download
oder Weiterleiten

